

neuer deutscher imperialistischer Koloß, wird niemand die anderen Völker Europas, vor allem des Ostens, vor ihm schützen können.

Wir schlagen eine bundesweite Demonstration vor gegen die Wiedervereinigung, für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR sowie für radikale Abrüstung in ganz Europa — mit Kampagnen für jeweils einseitige Vorleistungen hierzulande: Raus aus der Nato, Auflösung von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Geheimdiensten.

Dieser Text wurde am 21. 1. 90 unter Mitwirkung von bis zu 100 Personen verabschiedet. Wir stehen zu seinem Inhalt, sind uns aber gewisser journalistischer Brüche bewußt.

## Revolutionäre Sozialisten

### Zum Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis Radikale Linke

Der Diskussionszirkel »Radikale Linke« verdankt seine Entstehung letztlich zwei politischen Entwicklungen: Zum einen der Wandlung der Grünen von einer kleinbürgerlichen Bewegungspartei zum Juniorpartner der SPD, mit der zusammen sie in Berlin Zimmermanns Sicherheitsgesetze übernahm und die Bullen gegen Linke einsetzte. Zum anderen der Krise von DKP/SEW, die sich beim Spagat zwischen SED, Gorbatschow und dem westdeutschen »antimonopolistischen« Kapital einen Bänderriß zugezogen hat.

Als Reaktion hat sich in beiden Parteien eine — allerdings schwache — linke Opposition formiert, die ihren Verbleib in der Partei in Frage stellt. Beide Oppositionsgruppen haben aber ein Problem. Die Gruppe um Fülberth besitzt gegenüber den Hauptströmungen in der DKP — Stalinismus und Eurokommunismus — keine eigenständige Orientierung. Die Ökosozialisten setzten jahrelang dem realpolitischen Vormarsch die reine Lehre der grünen Anfangsjahre entgegen und haben den Zeitpunkt für den Absprung verpaßt.

Ziel des »Entwurfes« ist nun, eine neue Heimat für diese und andere entwurzelte Linke zu schaffen. Über die jeweilige politische Vergangenheit soll nicht groß debattiert werden; der »Entwurf« faßt den kleinsten gemeinsamen Nenner des heterogenen Kreises zusammen. Nur: Vergeben und Vergessen können vielleicht die Harmonie einer Familienfeier garantieren. Aber bekanntlich dauern Familienfeiern auch meistens nur ein Wochenende.

Notwendig ist es vielmehr, revolutionäre Antworten auf die von Sozialdemokraten, Grünen und Stalinisten mitverursachte Misere zu formulieren und auf eine wirkliche Einigung von radikalen Linken auf kommunistischer Grundlage hinzuwirken. Deshalb haben wir diese Kritik des »Entwurfes« geschrieben.

Ebermann und Trampert wollen mit ihrem Papier eine »linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung« (Fülberth) vorbereiten. Ein Großteil ihrer Ausführungen besteht in der Beschreibung der vom Kapital unter dem Stichwort »Europa '92« geplanten Deregulierung. Unmittelbares Ziel dieser Offensive ist die »Senkung der Löhne in schwachen Gebieten, niedrige Einstiegsgehälter für Arbeitslose, Senkung der Lohnnebenkosten« — so Wirtschaftsminister Haussmann. Zu Recht wird der Eurochauvinismus von SPD und Realo-Grünen als ideologische Flankendeckung der »europäischen Führungsmacht« BRD beschrieben.

In den »Jubel um Gorbatschow«, der in der Tat mittels Perestroika die »Rückholung des durch Revolutionen und Kriegsergebnisse abhanden gekommenen Ostens in die kapitalistische Welt« vorantreibt, stimmen Ebermann und Trampert nicht ein.

So weit — so gut. Aber diese Situationsbeschreibung ist in politisch entscheidenden Punkten ungenügend und falsch:

1) Im Rahmen der Offensive des Kapitals werden die Gewerkschaften zwar »zurückgeschraubt«, aber doch nicht einmal »auf die Interessen der Stammebelegschaften«! Vielmehr hat sich die Gewerkschafts-Bürokratie schon immer einen Dreck um die Interessen von KollegInnen und ArbeitsemigrantInnen geschert.

Auch die von Ebermann und Trampert geschätzte »linke« Spitze der IG Metall hat Konflikte wie den um Rheinhausen abgewürgt und statt der Organisierung eines europaweiten Abwehrkampfes die chauvinistische Diskussion um Stahlquoten gesetzt.

Wer — wie die Autoren des »Entwurfes« — auf die »Umstellung der Produktion« als Strategie setzt, fordert praktisch, daß sich die Beschäftigten den Kopf des Aufsichtsrates zerbrechen.

Statt der von den Bürokraten angepeilten 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich im Jahre 2000 (die selbst nach deren eigenen Berechnungen die Arbeitslosigkeit nur um ein Drittel reduzieren würde), müßte die Antwort auf »Europa '92« die Mobilisierung der europäischen Arbeiterklasse zur Verteilung der Arbeit auf alle bei vollem Lohn beinhalten. Eine solche Perspektive setzt allerdings den Bruch auch mit den »linken« Gewerkschaftsbürokraten voraus, was weder die Ökosozialisten noch die DKP-Dissidenten anzustreben scheinen.

2) Erstaunen mag, daß Ebermann und Trampert überhaupt den Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu einem Schwerpunkt ihres Papiers machen. Immerhin meinten sie ja in ihrem Ende '84 erschienenen Buch über die »Zukunft der Grünen«, daß die »neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch des proletarischen Klassenkampfes« geworden seien. Jetzt also Abschied vom »Abschied vom Proletariat«? Nein — nur die Anerkennung der Tatsache, daß »kämpferische soziale Bewegungen wie die Anti-Atom-Bewegung und Teile der Friedensbewegung . . . stark geschrumpft« sind.

Aufgabe von Sozialisten ist es, in solche kleinbürgerlichen Bewegungen mit einer klaren antikapitalistischen Perspektive zu intervenieren, nicht ihnen hinterherzulaufen. Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus in zunächst »linkern« Gewand war nicht die »späte Rache für einen zentralen Fehler von Teilen der Friedensbewegung, die Deutschen als Opfer amerikanischer Kriegspläne zu beschönigen«, der deutsche Nationalismus war einigendes Band und zentraler Inhalt dieser Bewegung, und die Grünen bildeten den Motor.

Die Pershings wurden auch nicht deshalb abgezogen, weil das weiche

Wasser der Ökopaxe den Stein gebrochen hätte, sondern weil Gorbatschow mit seiner »einseitigen Abrüstung« alle Wünsche der NATO erfüllte.

3) Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß Ebermann und Trampert »die Vorschläge der Sowjetunion zur Abrüstung unterstützen«, statt klar zu sagen, daß die SU vom Imperialismus in diesem Punkt in die Knie gezwungen wurde.

Notwendig ist eine klassenmäßige Charakterisierung der SU. Um diese Aufgabe drücken sich Ebermann und Trampert in schlechter KB-Tradition.

In der SU (und den anderen »Ostblock«-Staaten) wurde das Kapital entmachtet, aber politisch herrscht nicht die Arbeiterklasse, sondern eine materiell privilegierte Bürokratie. Durch Inkompetenz, Unterdrückung von Arbeiterdemokratie und ihre Nachgiebigkeit gegenüber dem Imperialismus gefährdet sie die Grundlage der deformierten Arbeiterstaaten. Ziel von Sozialisten kann nicht die Unterstützung des einen oder anderen Flügels dieser Bürokratie sein, sondern nur die eigenständige Organisierung der Arbeiterklasse gegen alle diese Flügel, wie sie zuletzt in den sowjetischen Bergarbeiterstreiks zum Ausdruck kam. Nur eine solche Orientierung kann den nationalistischen Auseinandersetzungen entgegenwirken.

Liberal wird im »Entwurf« die »Befreiung aus dumpfer Zensur« begrüßt. Wir dagegen begrüßen sowohl die Bestrebungen der Bergarbeiter nach einem landesweiten Informationsblatt als auch die von ihnen ausgeübte »Zensur« der Traktate der rechtsextremen »Demokratischen Union«.

4) Von Ebermann und Trampert wäre zumindest zu erwarten gewesen, daß sie sich um eine *Erklärung* der Rechtsentwicklung der Grünen bemühen — immerhin hatten sie in dieser Partei in den letzten zehn Jahren Führungspositionen inne. Statt aber nach *inneren* Triebfedern dieser Entwicklung zu suchen, stellen sie die Partei als arme Verführte dar: »Der Weg der Grünen ist wohl die bedeutendste Integrationsleistung dieses Staates.« Wortreich wird die Integrationskraft von SPD bis CDU beklagt (und teilweise übertrieben). Warum der »moderne Nationalismus« Weizsäckers sowie Lafontaines »Angriffe auf Arbeitnehmerrechte« aber bei Linken verfangen, erklären sie nicht. Das ist in Wirklichkeit der Integrationsleistung der *Grünen* zu verdanken, deren Positionen in vielen Punkten nur den Modernisierungsschub der bürgerlichen Ideologie vorbereitete.

Für uns ist der Kern der jetzigen Rechtsentwicklung in genau der ursprünglichen Programmatik der Grünen zu suchen, auf die sich die Ökosozialisten immer wieder berufen:

— *Ökologisch* zu sein, beanspruchen inzwischen alle Parteien (im Gegensatz zum Attribut »liberal«, das die Repts nicht in Anspruch nehmen). »Ökologisch« zu sein, hieß: die Versauerung der Umwelt zu einer

»Menschheitsfrage« zu machen, die nur »gemeinsam«, also über alle Klassengrenzen hinweg, zu lösen sei, weil ja alle in einem Boot sitzen.

— *Sozial* ist der Gegenbegriff zu sozialistisch. So war's auch gemeint. Die Konstruktion der Grünen Partei konnte nur klappen, weil sich die Linken offiziell vom Sozialismus verabschiedeten.

— *Basisdemokratisch* hieß dann in der Praxis, daß die Mehrheit der Wähler für eine grüne Regierungsbeteiligung schnell zu einer Mehrheit in der Partei und dann in der Führung wurde. Statt sich dem Druck der öffentlichen Meinung entgegenzustellen, schwammen auch die »linken« Grünen mit dem Strom — siehe Berlin.

— *Gewaltfrei* sein zu wollen, heißt, die Gewalt in den Händen derer zu belassen, die diese Gesellschaft beherrschen: die Kapitalistenklasse und ihr Staat.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: es geht nicht darum, daß die Ökosozialisten zur Entschuldigung der von ihnen mitgetragenen Politik jetzt einen Kotau machen sollten. Es geht schlicht darum, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um sie in Zukunft zu vermeiden.

Aus dem »Entwurf« geht nicht klar hervor, was die Autoren eigentlich erreichen wollen. Etwas schwammig wird gesagt, die radikale Linke könne sich »den ›Luxus‹ des Nebeneinanderherlaufens nicht länger leisten«. Was heißt das?

Später beteuern Trampert und Ebermann, »nicht irgendeine Partei-gründung im Schilde zu führen«. Nun — das macht sich auch schlecht, solange man noch Mitglied in einer anderen Partei ist. »Wir sehen uns als zusätzliches Angebot, nicht als Einebnung.« Die Grüne Partei zunächst zur »systemintegrativen Kraft« zu erklären, dann aber festzustellen: »Wir wollen niemanden aus seinem Arbeitsfeld, seiner Organisation oder Partei abziehen, der das nicht will«, erhöht die Glaubwürdigkeit nicht eben.

Die entscheidende Frage ist doch, welchen *Charakter* eine solche Organisation haben wird. In einem Interview (»Spiegel«, 9.12.85) erklärte Ebermann noch: »Ich bin vollkommen zufrieden, wenn die Grünen eine radikal-reformistische Partei sind.« Wir wären mit einer solchen Partei nicht zufrieden.

Wir meinen ganz im Gegenteil, daß sich notwendigerweise jede Diskussion um eine politische Ausrichtung letztlich zuspitzt auf die Frage Flickschusterei zur Rettung der Kapitalistenordnung oder kompromißloser Klassenkampf und soziale Revolution.

Ein linksradikaler Diskussionszusammenhang ist durchaus wünschenswert, aber:

— Im gegenwärtigen Stadium Konsenspapiere anzusteuern ist Blödsinn. Solche Papiere sind zwangsläufig oberflächlich, widersprüchlich und verdecken vorhandene Differenzen. Auf jedem Fall tragen sie nicht zur politischen Klärung bei.

— Sinnvoll erscheint uns nur eine kontinuierliche und strukturierte Diskussion um zentrale politische Fragen (z. B. Verhältnis zum bürgerlichen Staat, Patriarchat, Perspektiven des AntiFaKampfes, Möglichkeiten der Gegenwehr gegen die Kapitaloffensive im Rahmen von »Europa 92«, Klassencharakter der osteuropäischen Staaten und der SU) zu organisieren.

aus: »oktober« 26.7.1989